

Nr. **77**

Newsletter

04/2019

KOMPASS



Info-Plattform der antirassistischen Bewegung

+++ Mare Jonio setzt offenen Hafen in Lampedusa durch! +++ 108 Geflüchtete erzwingen Anlandung in Malta! +++ WTM Alarm Phone Treffen in Tunis +++ Ab 1.4. in Berlin, Oldenburg, München Das Recht auf eine menschenwürdige Existenzsicherung gilt für alle Menschen – Gegen organisierte Leistungsverweigerung deutscher Behörden! +++ 6. bis 16.4. in neun Städten Veranstaltungstour mit Aoubakari Razakou, Togoische Vereinigung der Abgeschobenen (ATE) +++ Am 27./28.4. in Dresden We'll Come United +++ Ab 2.5. Ausstellung in Berlin Yallah – Über die Balkanroute +++ 10.-12.5. in vielen Städten Aktionstage zu 100 Jahren Abschiebehaft +++ 17.-19.5. in Hamburg Solidarity City beim Recht auf Stadt Forum +++ Alarm Phone Sahara Webseite geht online +++ Ellwangen Weiterkämpfen für Grund- und Menschenrechte für Alle +++ Ausblicke 9.-14. Juli in der Nähe von Nantes/Frankreich Transborder Summer Camp; ; 24. August Großdemonstration in Sachsen; 31.8. in Büren Grossdemo gegen 100 Jahre Abschiebehaft

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Mare Jonio, das Schiff der erst im Sommer letzten Jahres gegründeten italienischen Rettungsorganisation Mediterranea Saving Humans, hat unlangst eindrücklich demonstriert, wie selbst in Zeiten vermeintlich geschlossener Häfen die Rechte für Geflüchtete und MigrantInnen auf See durchgesetzt werden können. Am 18. März 2019 hat Mare Jonio 49 Menschen aus der „Todeszone“ gerettet, nur ganz knapp bevor die mit EU-Mitteln hochgerüsteten libyschen Milizen das Boot abfangen konnten. Mediterranea hat es kurz darauf nicht nur geschafft, gegen einen sich umhenden Salvini die Anlandung in Lampedusa zu erzwingen, sondern rüstet sich mittlerweile bereits zur nächsten Mission. Denn das zunächst konfiszierte Schiff musste nach einem richterlichen Beschluss vom 27. März 2019 wieder freigegeben werden.



Zwei Tage später, am 29. März, setzt eine Gruppe von 108 Geflüchteten auf spektakuläre Weise ihre Rettung und Anlandung in Malta durch. Auf Anweisung der EU-Luftüberwachung waren die Schiffbrüchigen von dem Öltanker „Elhiblu1“ aufgenommen worden und sie sollten – in schon eingeübter unrechtmäßiger Weise –

nach Libyen zurückgeschoben werden. Doch die Betroffenen leisteten Widerstand und konnten den kurz bevorstehenden Push Back zurück in die Halle der Lager abwenden. „Mit anderen Worten Die 108 Flüchtlinge, unter ihnen 31 Frauen und Kinder, haben sich erfolgreich und legitimerweise gegen die Entführung durch die EU-Staaten zurück nach Libyen gewehrt“ (FFM). Dennoch soll mehreren Jugendlichen, zwei davon noch minderjährig, nun der Prozess wegen Geiselnahme und sogar „Terrorismus“ gemacht werden, und dieser „Skandal im Skandal“ erfordert eine breite Solidarisierung mit den Angeklagten.

49 Gerettete in Lampedusa, 108 in Malta zwei Mut machende aktuelle Beispiele der Solidarität und Selbstorganisation aus dem zentralen Mittelmeer, das ansonsten zur Hauptbühne der täglichen EU-Ausgrenzungspolitik geworden ist. Letzter Akt Die Eunavfor Med Operation zieht ihre Schiffe ab, um auf keinen Fall mehr in die Verlegenheit einer Rettung zu kommen. Stattdessen wird komplett auf Luftüberwachung umgestellt, deren Daten dann zwecks effektiverer Abfangoperationen an die libyschen Milizen gehen. Die Vorverlagerung, die Externalisierung des Grenzregime, soll am Beispiel von Libyen perfektioniert werden und der Verdacht liegt nahe, dass dies nicht trotz sondern wegen der dortigen systematischen Menschenrechtsverletzungen vollzogen wird. Rassistische Abschreckung um jeden Preis, die sich zeitgleich in einer gigantischen Aufrüstung von Frontex, an den fortlaufenden Charterabschiebungen nach Afghanistan oder im „Geordnete-Rückkehr“-Gesetzeswahn des deutschen Innenministeriums widerspiegelt.



Doch Mare Jonio und „Elhiblu1“ zeigen, wie umkippt selbst die zentrale Mittelmeerroute bleibt. Und das gilt umso mehr für die Straße und die Passage von Marokko nach Spanien, wo es noch offener ist, ob und welche neuen Dynamiken die Hartnäckigkeit der Migration dort in den kommenden Monaten entfalten kann. Die Solidaritätsbewegungen „from the Sea to the Cities“ bleiben in diesen umkipften Räumen ein gewichtiger Faktor, und sie verlagern sich in die

Kampagnen für gleiche Rechte, gegen den Abschiebeterror und für solidarische Städte. „Gegen Ausschluss und Kriminalisierung von EU-Bürger*innen – Existenz sichernde Leistungen für alle, die hier leben!“ fordert das Netzwerk Europa in Bewegung mit ersten Aktionen Anfang April. „100 Jahre Abschiebehaft – 100 Jahre unschuldig in Haft“ lautet der Titel der bundesweiten Kampagne, mit dezentralen Protesten vor sämtlichen Abschiebeknoten im Mai. Und in weiteren Städten kommen Initiativen für BürgerInnenAsyl in Gang, um sich konkret und praktisch den Abschiebungen in den Weg zu stellen. Join the Anti-Abschiebungsindustrie!

Mit solidarisch-antirassistischen Grüßen,

die Kompass-Crew

P.S. Mit dem Frühling starten wir mit einem neuen frischen Layout. Wir danken einer Hamburger Freundin für die Idee und Konzipierung.



TERMINE UND INFORMATIONEN FÜR APRIL + MAI 2019

MARE JONIO SETZT OFFENEN HAFEN IN LAMPEDUSA DURCH!

Zum Mare Jonio-Case am 18.03.19 aus dem lesenswerten Kommentar bei der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM)



„Wie ist zu erklären, dass es dem NGO-Schiff „Mare Jonio“ gelang, nicht nur die Rettung durchzuführen, angesichts der auftauchenden sogenannten libyschen Küstenwache, der blockierenden Guardia di Finanza (GdF) und dem wütenden Innenminister Matteo Salvini („Verhaftet sie!“), sondern auch die Geretteten an Land zu bringen und einer sofortigen Verhaftung zu entgehen?

Der Kapitän wurde nach Verhör bis heute Nacht um zwei Uhr in der Kaserne der GdF, in Begleitung des Schiffseigners und des Parlamentarier Erasmo Plazzotto, entlassen und ein Verfahren wurde nicht eingeleitet. Warum wurde das NGO-Schiff zunächst „nur“ für 48 Stunden beschlagnahmt? Eine Antwort für den Erfolg findet sich in der Klarheit und Entschlossenheit der Besatzung der „Mare Jonio“ und ihrer politischen Gruppen. Man sehe sich das Kurzvideo nach der Rettung an. Die GdF kreuzt mit einem Militärschiff bei hohem Seegang auf, begleitet die „Mare Jonio“ und befiehlt „Stellen Sie die Motoren ab! [Damit die sogenannte libysche Küstenwache die Geretteten zur Rückdeportation übernehmen kann.]“ Die lakonische Antwort des Kapitäns „Wir bringen die Geretteten in Sicherheit. Danach können wir reden.“ An die auftauchende sogenannte libysche Küstenwache die kurze Frage „Verfügen Sie über einen sicheren Hafen entsprechend des internationalen Rechts?“ Die Libyer verneinten. Alles ist jetzt dokumentiert. Hinzu kommen die Ad-Hoc-Berichte der Geretteten über die erlittene libysche Hölle, aufgenommen noch an Bord. Sodann nahm die „Mare Jonio“ das Solidaritätsbündnis zu den Bürgermeistern der von diesen deklarierten offenen Häfen und zu den Parlamentarier*innen beim Wort und ließ sich nicht auf die Polemik und Personalisierung des Innenministers Salvini ein. ...“

Siehe <https://ffm-online.org/lektion-mare-jonio-gute-vorbereitung-klarer-kurs-lob-der-entschlossenheit/>
Weitere Leseempfehlung [“You can't detain the stubbornness of freedom”](https://mediterranearescue.org/en/news-en/you-cant-detain-the-stubbornness-of-freedom/)
<https://mediterranearescue.org/en/news-en/you-cant-detain-the-stubbornness-of-freedom/>

ELHIBLU1 - 108 GEFLÜCHTETE ERZWINGEN ANLANDUNG IN MALTA!!

„Sterbenlassen oder Refoulement EU-Marineflugzeug bitte melden!“

Artikel bei FFM „Am Dienstagnachmittag wies ein europäisches Marineflugzeug den Tanker „Elhiblu 1“ an, 108 Boat-people zu retten und nach Tripolis zu bringen. Der Tankerkapitän rettete und forderte „Assistance“ an, weil die Flüchtlinge nicht zurück in die libyschen KZs wollten. Auf seinen Ruf nach „Assistance“, also die Übernahme der Flüchtlinge auf ein Schiff in Richtung Europa, antwortete das europäische Marineflugzeug nicht. Die sogenannte libysche Küstenwache war in jenen Stunden nicht erreichbar.

Wahrscheinlich handelte es sich um ein Militärflugzeug der europäischen Operation EUNAVFOR MED („Sophia“), die sich laut Beschluss vom Dienstag auf den Einsatz von Flugzeugen und Drohnen über



dem zentralen Mittelmeer beschreiben soll. Marineschiffe, die im Notfall retten können, werden abgezogen.

Zwei Fragen sind diesem europäischen Militärflugzeug vorzulegen

Bei welcher politisch-militärischen Stelle liegt die Verantwortung für den versuchten Massen-Push-Back, den das europäische Marineflugzeug mithilfe des Frachters „Elhiblu 1“ organisiert hat? Das Refoulement, d.h. die Entführung der Geretteten zurück nach Libyen, wird nach internationalem



Recht geahndet, wenn es denn dokumentiert werden kann, und ist in höchstem Maße unmenschlich. Bei welcher politisch-militärischen Stelle liegt die Verantwortung für das oft aus der Luft beobachtete und der Öffentlichkeit nicht gemeldete Sterbenlassen im zentralen Mittelmeer? Im Unterschied zur „Australian Solution“ ist hier von einer „europäischen Lösung“ zu sprechen. Einzelne Rettungen werden ins Rampenlicht gerückt, das massenhafte Sterbenlassen soll dagegen undokumentierbar gemacht werden.

Glücklicherweise gelang es den Flüchtlingen, den Öltanker 6 Seemeilen vor Tripolis zur Umkehr und zum Kurs in Richtung Malta zu zwingen. Glücklicherweise befand sich das Rettungsschiff „Alan Kurdi“ der NGO „Sea Eye“ im zentralen Mittelmeer und konnte die Kommunikation des europäischen Marineflugzeugs mit dem Frachter mitschneiden. Andernfalls wären die 108 Boat-people spurlos ertrunken, entsprechend der „Europäischen Lösung“, oder die libyschen KZ-Milizen hätten an ihnen – nach dem Refoulement – ein Exempel statuiert.

Nach jeder Rettung von Boat-people im Mittelmeer werden NGO-Schiffe beschlagnahmt und nach Strich und Faden durchsucht. Gegen Retter*innen werden Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Beihilfe zur illegalen Einreise eingeleitet. Es ist an der Zeit, die Aufmerksamkeit auf die europäischen Schreibtischter der Festung Europa und ihre militärisch-polizeilichen Helfer zu richten.“

<https://ffm-online.org/sterbenlassen-oder-refoulement-eu-marineflugzeug-bitte-melden/>

<https://ffm-online.org/elhiblu-i-militaerisch-begleitet-nach-malta-statt-refoulement-nach-libyen/>

WTM ALARM PHONE TREFFEN IN TUNIS



Das transnationale WatchTheMed Alarm Phone Netzwerk, das mittlerweile aus rund 200 AktivistInnen besteht, hat sich Ende März mit über 100 TeilnehmerInnen (aus 30 Städten in 16 Ländern!) in Tunis getroffen. Themen waren u.a. die Mitarbeit bei der Initiative für ein Civil MRCC, also eine zivilgesellschaftlich

organisierte Rettungsleitstelle der RettungsNGOs und Solidaritätsnetzwerke im zentralen Mittelmeer angesichts der menschenrechtswidrigen Push Backs durch die MRCCs in Rom und Valetta, sowie die Politik der Kriminalisierung der Flucht- und Migrationsbewegungen in der EU und aktuell insbesondere auch in Marokko. Beteiligt waren auch mehrere „Harragas“ („Grenzverbrenner“, die sich ohne Visum übers Meer nach Europa durchschlagen), die von ihren Erfahrungen auf See und über Rück-



schiebungen aus Italien nach Tunesien berichteten und wie sie darin ihr Recht auf Bewegungsfreiheit „entdeckt“ haben.

Auf der öffentlichen Veranstaltung des Alarm Phone Tunis am 23.3. in einem Theatersaal kamen VertreterInnen des Alarm Phone aus Marokko, Ägypten und der Türkei sowie ein Vertreter des Alarm Phone Sahara aus dem Niger zu Wort. Das Recht auf Bewegungsfreiheit stand erneut im Mittelpunkt dieser Debatte.

1.4. - 5.4.2019 IN BERLIN, OLDENBURG, MÜNCHEN ARBEITEN JA - RECHTE NEIN? DAS RECHT AUF EINE MENSCHENWÜRDIGE EXISTENZSICHERUNG GILT FÜR ALLE MENSCHEN - GEGEN ORGANISIERTE LEISTUNGSVERWEIGERUNG DEUTSCHER BEHÖRDEN!

Macht mit! Beteiligt euch an unserer Aktionswoche vom 1. - 5. April!

Ohne die Arbeit von Migrant*innen wäre es vorbei mit massenhaft billigem Fleisch und Gemüse in Deutschland. Fabriken, Büros und Privathäuser blieben schmutzig. Und viele Alte und Kranke hätten keine Rund-um-die-Uhr-Pflege mehr.

Migrantische Arbeit ist erwünscht - aber bitte leise und unsichtbar. Wenn Migrant*innen faire Löhne und Arbeitsbedingungen, gute Wohnungen, Gesundheitsversorgung, Sozialleistungen und Kindergeld fordern, dann ist schnell von Leistungsmissbrauch oder sogar organisierter Bandenkriminalität die Rede. Menschen ohne deutschen Pass haben schon jetzt selbst in Notlagen oft keinen Anspruch auf existenzsichernde Leistungen. Diese Ausgrenzung soll nun noch weiter getrieben werden.

Kein Kindergeld mehr?

Ein neues Gesetz zur Ausweitung des Ausschlusses von EU-Bürger*innen soll das Recht auf Kindergeld einschränken. Diese Ungleichbehandlung diskriminiert vor allem diejenigen, die am meisten auf das Kindergeld angewiesen sind, wie alleinerziehende Frauen, und fördert Kinderarmut.

Keine öffentlichen Räume mehr?

Immer öfter werden Arme und Wohnungslose aus dem öffentlichen Raum vertrieben. Das neue Gesetz soll ermöglichen, präventiv Platzverweise und Bußgelder zu erteilen, wenn unterstellt wird, dass Menschen ihre Arbeitskraft im öffentlichen Raum unter der Hand anbieten. Statt Arbeitnehmer*innenrechte zu stärken, wird so ein niedrigschwelliger Zugang zu Arbeit versperrt und kriminalisiert. Stattdessen Misstrauen, Unterstellungen, Verdächtigungen ...

Eine neue Arbeitshilfe der BA stellt Unionsbürger*innen, die Leistungen beantragen, unter den Generalverdacht des Leistungsmissbrauchs. So sollen Jobcenterangestellte vor allem arme Leute aus Bulgarien, Griechenland, Italien, Rumänien und Spanien besonders streng kontrollieren und disziplinieren. Statt Unterstützung und Schutz vor Ausbeutung zu garantieren, vertiefen die geplanten Verschärfungen rassistische Ausschlüsse, spalten Menschen in „nützliche Arbeitskräfte“ und „Verdächtige“ und treiben den Ausschluss von existenzsichernden Leistungen noch weiter voran.

Diese menschenverachtende Politik ist nicht neu. In ähnlicher Weise wird z. B. Geflüchteten Missbrauch unterstellt in Bezug auf die Anerkennung von Elternschaften und die Eheschließung. Ein komplexes System an ausgrenzenden Gesetzen teilt zwischen ‚Asylsuchenden‘, ‚EU-Bürger*innen‘, ‚Inländer*innen‘ und weiteren Statusgruppen.

- Wir fordern die Rücknahme dieser menschenverachtenden Maßnahmen und Gesetzesentwürfe!
- Alle Menschen, die in Deutschland leben, sollen Anspruch auf existenzsichernde Leistungen haben - unabhängig von Aufenthaltsstatus und Erwerbstätigkeit!



· Sozialbehörden sollen Antragsstellende bei der Inanspruchnahme ihrer Rechte unterstützen und ihre Existenzsicherung garantieren!

Netzwerk „Europa in Bewegung“ (ALSO, BASTA Berlin, Initiative Zivilcourage / Gruppe workers' center München, Oficina precaria Berlín)

Siehe <https://europainbewegung.de/>

6. - 16.4.2019 IN NEUN STÄDTEN VERANSTALTUNGSTOUR MIT ABOUBAKARI RAZAKOU, TOGOISCHE VEREINIGUNG DER ABGESCHOBENEN (ATE)

Zur Situation von Abgeschobenen, Zwangsrückgekehrten und "Kandidat*innen der Migration" am Beispiel von Sokodé/Togo

Aboubakari Razakou, Koordinator der Togoischen Vereinigung der Abgeschobenen (Association Togolaise des Expulsés - ATE), kommt vom 5. bis 16. April auf Einladung der Tageszeitung TAZ und des Netzwerks Afrique-Europe Interact für eine Veranstaltungsrundreise nach Deutschland, in die Niederlande und nach Österreich.

Die Togoische Vereinigung der Abgeschobenen (ATE) wurde 2008 in Sokodé, der zweitgrößten Stadt Togos, von Menschen gegründet, die aus verschiedenen Ländern - u.a. aus Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden - nach Togo abgeschoben worden waren. Zum Engagement der ATE gehört praktische Unterstützung und gegenseitige Hilfe für Menschen, die sich nach ihrer Abschiebung in prekären Lebenslagen befinden und auch die Sensibilisierung der Gesellschaft für Fragen rund um Migration und Rechte von Flüchtenden und Migrant*innen.

In den letzten Jahren beschäftigt sich die ATE, die als Selbstorganisation von Abgeschobenen gegründet wurde, vermehrt mit der Situation junger Menschen, die aus Togo flüchten, bzw. sich auf den Weg in die Migration machen.

Die ATE leistet einen Beitrag dazu, denen die weggehen wollen oder müssen, ein realistisches Bild von den vielfältigen Gefahren für Leib und Leben auf den Migrationsrouten zu vermitteln.

Wie viele afrikanische zivilgesellschaftliche Bewegungen erhebt die ATE darüber hinaus ihre Stimme gegen die Menschenrechtsverletzungen und Morde entlang der Flucht- und Migrationsrouten - und gegen ein durch die europäischen Staaten erzwungenes Grenzregime, das Menschen sehenden Auges in der Wüste und im Meer sterben lässt und libyschen Milizen und verschiedenen afrikanischen Regierungen Geld dafür zahlt, Menschen um jeden Preis von Europa fernzuhalten.

Aboubakari Razakou wird auf seiner Veranstaltungstour von der Arbeit der ATE in Togo berichten - und von der speziellen Situation in seiner Heimatstadt Sokodé. Er wird außerdem das Projekt Alarme Phone Sahara vorstellen - eine praktische Initiative afrikanischer und europäischer zivilgesellschaftlicher Organisationen gegen die lebensgefährlichen Bedingungen auf den Flucht- und Migrationsrouten durch die Sahel- und Saharaländer.

Tourplan Sa. 06.4 Berlin (TAZ Lab) / So. 07.04. Dortmund (Black Pigeon, Scharnhorststr. 50), 17:00, Veranstalter*innen Afrique-Europe Interact + Urgence Togo / Mo. 08.04. NL-Amsterdam (Dokzaal, Plantage Doklaan 8), Veranstalter*innen Afrique-Europe Interact + All Included / Di. 09.04. Hamburg / Do. 11.04. Nürnberg (Stadtteilzentrum DESI, Brückenstraße 23), 20:00, Veranstalter*innen Karawane Nürnberg, Bayerischer Flüchtlingsrat, Freie Flüchtlingsstadt Nürnberg / Fr. 12.04. München (Bellevue di Monaco, Müllerstraße 2-6), Veranstalter*innen Watch the Med - Alarmphone / 13.04. Tübingen (Begegnungsstätte Hirsch Hirschgasse 9), 19:00, Veranstalter*innen Asylzentrum e.V. mit der Integrationsbeauftragten der Stadt Tübingen und AG Gambia (Flüchtlingshilfen im Kreis Tübingen) / 14.04. Wien, Veranstalter*innen Afrique-Europe Interact / 16.04. Berlin Buchpräsentation mit Christian Jakob "Diktatoren als Türsteher Europas"



27./28.4.2019 DRESDEN BUNDESWEITES TREFFEN VON WE'LL COME UNITED

Aus der Einladung „Nach dem Herbst der Solidarität und einer beeindruckenden sowie best rkenden Parade in Hamburg, wollen wir den gemeinsamen Kampf für eine Gesellschaft der Vielen fortsetzen. Und ‚gemeinsam‘ ist auch das Stichwort für 2019. Dieses Jahr wollen wir uns auf eine Stadt fokus-sieren, die als Hauptstadt der Rechten gilt – n mlich Dresden. We'll come united m chte dahin mo-bilisieren wo es unbequem aber vor allem notwendig erscheint. Wir gehen nach Sachsen, um den Menschen in den Camps solidarisch zur Seite zu stehen, um ihnen zu zeigen, dass sie nicht allein sind, dass wir gemeinsam k mpfen, für eine solidarische Gesellschaft der Vielen. (...) Doch auch die-ses Jahr m chten wir wieder mit einer Parade unsere lokalen K mpfe sichtbar machen sowie laut und kreativ auf die Straße bringen. We'll come united wird daher am 24. August 2019 mit einem Paradeblock in Dresden unterwegs sein. Dadurch zeigen wir, dass es noch eine andere Geschichte von Dresden und Sachsen gibt und zeigen den Menschen vor Ort, dass sie nicht allein sind, dass wir zu-sammenstehen und gemeinsam k mpfen.“

Die ganze Einladung und Anmeldung bitte über mail@welcome-united.org

2.5. - 25.5.2019 YALLAH - ÜBER DIE BALKANROUTE

Ausstellung in Berlin in Kooperation mit RLS-Stiftung

Veranstaltungsort Rosa Luxemburg Stiftung, Foyer, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

„Die Ausstellung wird in Berlin am 2. Mai um 19 Uhr im Foyer des FMP1 er ffnet – zusammen mit den Ausstellungsmacher*innen und Mirko Schultze, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im s chsischen Landtag und Sprecher für Rettungsdienste und Katstrophenschutz. Er war 2015 selbst mit Hilfgü-tern auf der Balkanroute...“

Mehr hier https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/D1MTQ/eroeffnung-yallah---%C3%9Cber-die-balkan-route/

Begleitprogramm ist in Vorbereitung!

<https://www.facebook.com/events/786821778353574/?ti=icl>

10.-12.5.2019 IN VIELEN ST DTEN AKTIONSTAGE ZU 100 JAHREN ABSCHIEBEHAFT

„100 Jahre Abschiebehaft“ richtet sich an alle, die sich für Abschiebehaftgefangene einsetzen (wol-len) und von einer Gesellschaft ohne Abschiebehaft tr umen. 100 Jahre lang blieb dieser Traum ver-wehrt. Es wird also h chste Zeit, gemeinsam aktiv zu werden! Um diesen Traum zu realisieren, braucht es eure Unterstützung! Organisiert Aktionen, Demos, Ausstellungen, Vortr ge, Gottesdienste – was euch gef llt. Bei all euren Ideen unterstützen wir euch gerne mit Materialien und Referent*in-nen. Wir stehen euch gerne als Ansprechpartner*innen zur Verfügung. Im Rahmen der Kampagne „100 Jahre Abschiebehaft“ organisieren wir eine Vortragstour durch die gesamte Bundesrepublik. In dem dafür ausgearbeiteten Vortrag kl ren wir, was Abschiebehaft überhaupt bedeutet, geben Infos zur Kampagne, werden schwerpunktm ßig aber über die menschenverachtende Geschichte der Abschiebehaft reden. Eine genauere Beschreibung des In-halts findet ihr hier

<http://100-jahre-abschiebehaft.de/>

Im Sinne der bundesweiten Kampagne m chten wir gerne über 50 St dte in der BRD ansteuern. Wenn ihr Interesse habt, meldet euch gerne bei kontakt@100-jahre-abschiebehaft.de



11.05.2019 DEMONSTRATION GEGEN DEN ABSCHIEBEKNAST IN INGELHEIM

Auftaktkundgebung 13 Uhr Schillerplatz Mainz. Für globale Bewegungsfreiheit! Weg mit allen Abschiebesten! Veranstaltet von Antira Mainz u.v.a.

12.05.2019 DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG AM ABSCHIEBEKNAST IN DARMSTADT-EBERSTADT

Seit knapp einem Jahr ist der hessische Abschiebeknast nun in Betrieb. Zur Zeit noch für ca. 20 Gefangene soll der Knast für bis zu 100 Gefangene ausgebaut werden. Gleich im ersten Jahr gab es Hungerstreiks, unrechtmäßige Inhaftierungen, unzureichende medizinische Versorgung, schlechtes Essen, aber auch Ausbrüche und eine Abschiebeblockade. Begleitet wurde die Hungerstreiks von Desinformation, Lächerlichmachen und Verleugnen der Realität durch Polizei, Medien und Politik. Doch die Proteste gegen den Abschiebeknast und die Arbeit zur Unterstützung der Gefangenen gehen weiter. Der Knast ist keine lokale Angelegenheit, aus ganz Hessen werden dort Menschen zur sog. Sicherung der Abschiebung festgehalten und von dort auch abgeschoben. Kommt zum Knastbeben am 12.05. und sagt nein zum Knast und zu Abschiebungen und schickt Kraft über die Mauer.

Treffpunkt 13 30 Uhr in der Marienburgerstr/Ecke Pfungst dterstr. N he Bahnhof Darmstadt-Eberstadt
14 00 Uhr Demonstration zum Knast
14 30 Uhr Knastbeben Musik, Reden und Grüße für die Gefangenen
Veranstaltet von Community for all Darmstadt

12.05.2019 KUNDGEBUNG VOR DER ABSCHIEBEHAFTANSTALT BÜREN

Entrechtung stoppen – rassistische Sondergesetze abschaffen! Lager abschaffen! Abschiebehaft abschaffen! Start 12.00 Uhr.

Aufruf unter <http://buerendemo.blogspot.de/aufruf/>
Überblick über Veranstaltungen zur Kampagne in den kommenden Wochen in vielen Städten <http://100-jahre-abschiebehaft.de/de/my-calendar>
Aktuelles unter <http://100-jahre-abschiebehaft.de/>, Twitter <https://twitter.com/100JahreAHaft> oder Facebook <https://facebook.com/100JahreAbschiebehaft>

17.-19.5.2019 HAMBURG SOLIDARITY CITY BEIM RECHT AUF STADT FORUM

Im Rahmen des Recht auf Stadt Forums ist für Samstag, den 18.5.19, eine Workshop-Reihe zu zentralen praktischen Fragen der Solidarity Cities in Vorbereitung. BürgerInnenAsyl, Schutzräume gegen Abschiebungen und alternative Wohnmöglichkeiten für Geflüchtete sind das Thema einer Arbeitsgruppe, City-Mapping und Urban Citizen Card stehen dann im Mittelpunkt eines Folge-Workshops.

Weitere Infos und Kontakt über kmii-hanau@antira.info

ALARM PHONE SAHARA WEBSEITE GEHT ONLINE

Ab 9. April 2019 geht das Projekt Alarme Phone Sahara mit seiner Website alarmephonesahara.info öffentlich online.

Die Seite dient einerseits zur Verbreitung von Infos, die für Menschen, die auf den Flucht- und Migrationsrouten durch die Sahel- und Sahara-Länder nützen und dabei helfen sollen, lebensgefährliche Risiken einschätzen und einschränken zu können. Dazu gehören Infos über die rechtlichen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern entlang der Reiserouten, sowie praktische



Verhaltenstipps für das Reisen durch die Wüste. Anders als Institutionen wie die IOM versucht Alarme Phone Sahara nicht, Menschen durch Abschreckung davon abzuhalten, ihre Länder zu verlassen, sondern durch Bereitstellen nützlicher Informationen Menschen darin zu unterstützen, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen.



Zum anderen sollen für die internationale Öffentlichkeit aktuelle Berichte darüber veröffentlicht werden, was auf den Sahel-Sahara-Reisewegen zwischen Mali, Burkina Faso, Niger, Algerien, Libyen und Marokko geschieht. Erfahrungsberichte von Menschen, die unterwegs sind und m glicherweise Repressionen, Gewalt und Pushbacks erlebt haben, sowie von Aktivist*innen und Lebensretter*innen,

aber auch Berichte und Analysen zu den Entwicklungen der Externalisierung des Grenzregimes und dessen Auswirkungen auf die Menschen in den Sahel- und Saharaländern. Im Sinne der drei Arbeitsschwerpunkte von Alarme Phone Sahara - Sensibilisieren, Dokumentieren, Rettung in Notlagen - soll ein Beitrag geleistet werden gegen die Folgen einer Politik, die die Bewegungsfreiheit auf dem afrikanischen Kontinent untergrbt und Menschen in der Wüste und in Folterlagern sterben lässt.

<http://alarmephonesahara.info>

RÜCKBLICKE

ELLWANGEN WEITERKMPFEN FÜR GRUND- UND MENSCHENRECHTE FÜR ALLE! BERICHT VOM PROTEST AM 14. MAI 2019

Wir haben in der Auseinandersetzung um den fragwürdigen und rechtswidrigen Polizeieinsatz vom 3. Mai 2018 in Ellwangen eine wichtige Etappe erreicht. Dies war nur möglich, weil Geflüchtete Strafbefehle nicht akzeptierten und den Mut hatten dagegen zu klagen. Ein kleiner erster Erfolg, der durch die Prozessbeobachtung, durch eine monatelange Zusammenarbeit von Engagierten aus Berlin, Stuttgart, Köln, Freiburg, Murrhardt und durch die Unterstützung von Berater*innen und Rechtswilts*innen zu Stande kam. Noch ist allerdings nichts entschieden, aber es ist etwas in Bewegung gekommen.

Was hat das Amtsgericht in Ellwangen beschlossen

Verfahren aufgehoben Drei Verfahrenstermine am Amtsgericht Ellwangen wurden vom zuständigen Richter aufgehoben.

Schutz der Wohnung Der Richter bezieht sich u.a. auf das Urteil vom Verwaltungsgericht Hamburg vom 15.02.2019 (Urteil vom 15.2.2019, 9 K 1669/18)

Fehlender Durchsuchungsbeschluss „Nach der Auffassung des Gerichts handelt es sich dem Schreiben zufolge bei den Zimmern in der Leasingmlich um grundgesetzlich geschützte Wohnungen, und die Flüchtlinge gelten als Wohnungsinhaber. Das Hausrecht über diese Zimmer habe demnach nicht der Leiter der Einrichtung, sondern der jeweilige Bewohner. Nach Auffassung des zuständigen Richters hätte es also eines richterlichen Durchsuchungsbeschlusses bedurft. Den gab es aber nicht.



Wenn aber die Durchsuchung nicht rechtmäßig gewesen ist, dann hätten sich die Angeklagten auch nicht strafbar gemacht.“ „Es gebe unterschiedliche Rechtsauffassungen über die Rechtmäßigkeit des Einsatzes von damals, sagt Norbert Strecker, der Ellwanger Amtsgerichtsdirektor. Sein Kollege habe Zweifel angemeldet. „Diesen Zweifeln wird jetzt nachgegangen.““ (Stuttgarter Zeitung 12. März)

Weitere Infos hier <https://refugees4refugees.wordpress.com/2019/03/18/ellwangen-bericht-vom-protest-am-14-maerz-2019-weiterkaempfen-fuer-grund-und-menschenrechte-fuer-alle/>

AUSBLICKE

9.-14.07.2019 IN DER NÄHE VON NANTES/FRANKREICH TRANSBORDER SUMMER CAMP - FÜR BEWEGUNGSFREIHEIT UND GLEICHE RECHTE

Zum Summercamp kursiert eine Einladung an unterschiedliche antirassistische Netzwerke, insbesondere Selbstorganisationen quer durch Europa sowie Partnerorganisationen aus Afrika sollen angesprochen und eingeladen werden.

Wer weiteres zur Herangehensweise und zur Programmplanung erfahren möchte, bitte eine Mail an folgende Adresse schreiben tsc2019@protonmail.com
Anmeldung dringend erforderlich!

24.08.2019 GROSSDEMONSTRATION IN SACHSEN

weitere Infos im nächsten Kompass...

31.8.2019 BÜREN GROSSDEMO GEGEN 100 JAHRE ABSCHIEBEHAFT

100 Jahre Abschiebehäft für immer beenden!

11:00 Uhr Abschiebehäft Büren, Büren-Stadkerbusch

15:00 Uhr Großdemo Paderborn HBF

Flyer in verschiedenen Sprachen können bestellt werden über antira_pb@posteo.de
Aufruf (deutsch, englisch, französisch, farsi, arabisch, serbisch)
<http://100-jahre-abschiebehaft.de/de/buerendemo>



Demo am 31.3. in Berlin Seehofer wegbassen!

